

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 4

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

OSTEUROPA

Antworten der NATO

Auf Ersuchen der NATO werden die Niederlande – unterstützt von logistischer Hilfe aus Deutschland – eine Patriot-Luftabwehrbatterie mit etwa 150 Soldaten in die Slowakei entsenden. Der exakte Zeitpunkt für das Engagement war bei der Beschlussfassung durch die Regierung noch nicht klar. Verteidigungsministerin Kajso Ollongern erklärte anfangs März im Nachgang an eine Krisensitzung des Kabinetts zur Ukraine: «Es brauche noch einen formellen Beschluss, die Hilfeleistung soll aber so rasch als möglich erfolgen.» Beinahe zeitgleich erklärten die USA, dass zwei Patriot-Einheiten unterwegs nach Polen

wären. SACEUR und Kommandant US European Command, Viersternegeneral Tod Wolters, präzisiert: «Nach Anweisung meines Verteidigungsministers werden wir die Raketen auf Einladung Polens stationieren. Das diene einer proaktiven Massnahme, um einer potenziellen Bedrohung unserer und der alliierten Streitkräfte sowie des NATO-Territoriums entgegenzuwirken.» Es ginge dabei aber stets nur darum, Aggressionen abzuschrecken und damit auch die Verbündeten zu beruhigen.

Bereits zuvor beschloss die NATO an ihrem ausserordentlichen (virtuellen) Gipfel vom 25. Februar, die NATO Response Force (NRF) erstmalig zu aktivieren. Als so genannter «First Responder» ist in diesem Jahr Frankreich für die knapp 40 000 NRF-Soldaten verantwortlich.

Entsprechend wurden bereits Truppen nach Polen und Rumänien entsendet, um dort die sogenannte NATO Enhanced Forward Presence zu unterstützen (500 aus Frankreich, 300 aus Belgien, 200 aus Estland). Mit etwa 15 000 in Europa stationierten Kämpfern sind die USA der grösste Truppensteller der NRF, 7000 weitere bleiben im Rahmen der Aktivierung auf Stand-by. Frankreich schickte dann noch Kriegsschiffe für die NRF hinterher. Italien verdoppelte derweil seine Eurofighter auf acht Flugzeuge, die den rumänischen Luftraum patrouillieren. Dazu gesellten sich sechs Eurofighter aus Deutschland. Für beide wurden in den ersten zwei März-Wochen durch das NATO CAOC im spanischen Torrejon bereits 20 Alarmstarts angeordnet; dies aufgrund von

«non-NATO»-Luftverkehr, der sich aus dem Schwarzmeerraum näherte. Nach einer weiteren massiven Aufstockung aus den USA und diversen EU-Ländern verfügt die Allianz Mitte März über mehr als 130 Flugzeuge allein zum Schutz seiner Ostflanke, davon 60 in permanenter Alarmbereitschaft. Zudem befindet sich die im Rahmen einer seit 2020 geplanten, im Januar dieses Jahres beendeten Übung auch die Carrier Strike Group 8 mit ihrem Flaggschiff, dem Flugzeugträger USS Harry S. Truman, im östlichen Mittelmeer. Deren Kommandant Konteradmiral Curt Renshaw meinte dazu: «Ein wesentlicher Aspekt unserer Mission liegt nun darin, die Integration und Interoperabilität mit unseren NATO-Verbündeten und -Partnern zu fördern.» *pk*

LATEINAMERIKA

Gemischte Reaktionen auf Russland

Kuba, Nicaragua und Venezuela stehen zu Kremlchef Putin, Brasilien und Mexiko ringen um jedes Wort. Viele Länder in Lateinamerika zögern, die Invasion zu verurteilen, weil sie von einem russischen Exportgut abhängig sind. Das Prinzip der Nicht-Intervention ist den meisten Nationen Lateinamerikas heilig, in Mexiko ist es sogar in der Verfassung verankert. Dieses Prinzip benützen verschiedene Regierungen, um ihre Position zu begründen. Dabei fallen sie jeweils ganz anders aus.

Venezuela, Kuba und Nicaragua demonstrieren Solidarität mit Russland. «Venezuela steht an der Seite Putins», verkündete Staatschef Nicolás Maduro. «Russland verteidigt sich einfach», befand Nicaraguas Diktator Daniel Ortega. Havanna beschuldigte Washington, dass

es die «Ausweitung der Nato in Richtung der Russischen Föderation» vorangetrieben und so den Krieg provoziert habe.

«Wir sind für keinen Krieg», sagte Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador während seiner morgendlichen Pressekonferenz. Mexiko habe sich immer «für den Frieden und eine friedliche Lösung» von Konflikten ausgesprochen. Er vermied es, Russland oder Putin namentlich zu benennen. Erst nachdem die ukrainische Botschaft und mehrere Ex-Diplomaten seine Haltung kritisiert hatten, weil er nicht offen die Invasion verurteilt habe, legte Aussenminister Marcelo Ebrard nach. «Mexiko verurteilt diese Invasion energisch und ruft zu einem sofortigen Waffenstillstand auf», der «eine diplomatische Lösung» erlaube und die Bevölkerung schütze, verkündete Mexikos Chefdiplomat.

Brasiliens Staatschef Jair Bolsonaro zierte sich dagegen weiterhin, Russlands Aggression als solche zu benennen und zu verurteilen. Seinen Vize piff er zu



Putin und Bolsonaro im Februar 2022.
Bild: Wikimedia

rück, nachdem dieser Putin mit Hitler verglichen hatte. Bolsonaro selbst schweigt bislang zu dem Krieg gegen die Ukraine. Acht Tage vor dem Überfall auf die Ukraine war der Brasilianer noch bei Putin in Moskau gewesen und hatte ihn seiner «Solidarität» versichert. Anschliessend verstiegen Bolsonaro-Anhänger sich in den sozialen Medien zu der Behauptung, dass er sich bei Putin für eine friedliche

Lösung eingesetzt und womöglich einen dritten Weltkrieg verhindert habe.

Mexiko und Brasilien sitzen zurzeit beide im Uno-Sicherheitsrat, sie verfügen auch über internationalen Einfluss. Dennoch stimmten Mexiko und Brasilien bei den Vereinten Nationen für die Verurteilung Russlands. Diese Bezugnahme war wohl das Ergebnis internationalen Drucks.

Mexiko und Brasilien sind nicht politisch oder ideologisch mit Russland verbunden, sondern wirtschaftlich: Beide Länder sind von russischen Düngemittellieferungen für ihre Landwirtschaft abhängig. «Die Frage der Düngemittel spielt in Lateinamerika dieselbe Rolle wie die Energieproblematik in Europa», sagt Luis Borges, ein Kenner der Materie in der brasilianischen Bank Safra. Brasilien bezieht einen Grossteil seines Kaliums für die Soja- und Maisplantagen der Agroindustrie aus Russland und Belarus, Mexiko benötigt den Stoff vor allem für Mais. *Sc*

SCHWEDEN / FINNLAND

Aufrüsten im Norden

Im Lichte der Ukraine-Krise haben die beiden nordischen Nachbarn beschlossen, sich gegen die manifeste Bedrohung aus dem Osten weiter aufzurüsten. Bereits in den ersten Tagen des Ukraine-Kriegs überflogen russische Kampfjetformationen die schwedische Insel Gotland. Ob dies als direkte Antwort des schwedischen Entscheides gilt, Waffen in die Ukraine zu liefern, kann nicht bestätigt werden. Denn, so das Verteidigungsministerium in Stockholm, solche Überflüge finden in gewisser Regelmässigkeit statt. Dass sich beide neutralen Länder kurz danach noch näher an die NATO anbinden möchten, gar Mitteilungen über Beitrittsgesuche die Runde machten, liegt auf der Hand. Finnland hat unterdessen mit Israel seine Luftabwehr besprochen. Verteidigungsminister Antti Kaikkonen erklärte mit Bezug auf den Ukraine-Krieg: «Die Situation an unseren Grenzen ist friedlich, aber wir müssen trotzdem wachsam sein und unsere Verteidigung



Aussenminister Pekka Haavisto (FIN) und Ann Linde (SWE) bei Generalsekretär Jens Stoltenberg. Bild: NATO

stärken.» Dafür reichen die 64 F-35 Kampffjets nicht, deren Kauf im letzten Dezember angekündigt wurde. Helsinki plant, von den Herstellern Rafael Advanced Systems oder Israel Aerospace Industries entsprechende Systeme zu beziehen, die zum Schutz der etwa 1300 Kilometer langen Grenze zu Russland aufgestellt werden.

NATO-Beitrittsgerüchte kommentierte Kaikkonen nicht. Er stellte aber klar, dass er erwarte, dass andere EU-Mitglieder nicht untätig bleiben würden, sollte sein Land in grössere Schwierigkeiten mit dem Nachbarn Russland geraten. Er präziserte aber auch und meinte: «Es gibt aktuell keine konkreten Anzeichen

für eine aktive Bedrohung.» Die schwedische Premierministerin Magdalena Andersson gibt sich zwar nicht ganz so zuversichtlich, lehnt aber eine Mitgliedschaft in der Nordatlantikaliansz (im Gegensatz zu den Oppositionsparteien) klar ab. Sie geht denn auch davon aus, dass «ein NATO-Beitritt Schwedens die aktuelle Situation noch weiter destabilisieren würde» und verweist ebenfalls auf die gegenseitige Beistandspflicht der EU-Mitglieder, wie im Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 geregelt. Weil in dieser Abmachung vieles unklar bleibt, gibt sich die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin diesbezüglich offener: «Es braucht nun einen

klaren, kritischen und umfassenden Dialog zwischen den Parteispitzen, um einen konkreten Beschluss über eine NATO-Mitgliedschaft zu fassen.»

Klar ist, die trilateralen Beziehungen zwischen Schweden, Finnland und den USA werden verstärkt. Dies konnte der finnische Präsident Sauli Niinistö im März an einem Treffen mit US-Präsident Joe Biden klären. Wie es in beiden Ländern, die bereits seit 1994 als PfP-Nationen gelten und untereinander mittels der nordischen Verteidigungskooperation NORDEFCO eng zusammenarbeiten, mit einer NATO-Vollmitgliedschaft weitergeht, wird wohl erst später entschieden. Denn die Schweden gehen am 11. September an die Urnen, während in Finnland im April 2023 Parlamentswahlen stattfinden sollen. *pk*

ASMZ-App

jetzt kostenlos
herunterladen
im Apple Store und
Google Shop.

KOLUMBIEN

General in Kolumbien wegen Allianz mit Drogenbande entlassen

Die kolumbianische Armee hat einen General nach Berichten über dessen Allianz mit einer kriminellen Bande seines Postens enthoben. Es liege im Interesse der Institution, zur Klärung des Sachverhalts beizutragen, teilte die Armee mit. Medien hatten zuvor aus Aufnahmen von Militärbesprechungen zitiert, in denen der General seine Zusammenarbeit mit der Bande

«Los Pocillos» zugegeben haben soll.

Er habe dies als Strategie gegen Farc-Dissidenten gerechtfertigt. Dem Bericht zufolge kontrolliert die Bande einen Korridor, durch den jährlich etwa 150 Tonnen Kokain transportiert werden – was 15 Prozent des weltweiten Verbrauchs entspreche.

Kolumbien litt jahrzehntelang unter einem bewaffneten Konflikt zwischen Streitkräften, linken Guerillagruppen und rechten Paramilitärs. Die grösste Rebellen-Organisation Farc schloss 2016 einen Friedensvertrag mit der Regierung. Die Sicherheitslage in dem südamerikanischen Land hat sich seit-

dem verbessert. Tausende sogenannte Farc-Dissidenten weigerten sich allerdings und kämpften mit Banden um die Kontrolle des Drogenhandels. Der Verdacht, dass sich die kolumbianische Armee bei der Bekämpfung der Farc-Dissidenten auf kriminelle Banden stützt, bestand seit mehreren Jahren. *Sc*

www.asmz.ch

Auf der Website
der ASMZ finden Sie
laufend aktuelle
Nachrichten.

RUSSLAND

Perspektivenwechsel vorgenommen

In der Ausgabe 12/2021 ist in der Rubrik Internationale Nachrichten über das weitere Vorgehen Russlands gegenüber dem Westen und der Ukraine berichtet worden – aus Sicht des Kremels. Wie Lesermeldungen zeigen, wurde dieser Perspektivenwechsel nicht von allen verstanden, umso eher, weil das Stichwort «Perspektivenwechsel», das den Text ursprünglich einleitete, vor Drucklegung in der Schlussrevision gestrichen worden ist. *ASMZ*